

Analyse

Halbzeitbilanz der Regierung Tusk

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt im November 2007 sitzt die Regierungskoalition aus *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) und *Polnischer Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) relativ fest im Sattel. Vorerst deutet nichts darauf hin, dass die Opposition in Gestalt von *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und der *Demokratischen Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) bei der Parlamentswahl im Jahr 2011 in der Lage sein könnte, die Machtverhältnisse umzukehren. Auch ein Sieg von Ministerpräsident Donald Tusk bei der Präsidentenwahl 2010, sollte er tatsächlich antreten, scheint möglich. Alle bisherigen Meinungsumfragen sprechen dafür, dass die Wähler keinen Machtwechsel wollen – und dies, obwohl Tusk und die *PO* bei weitem nicht alle Versprechen erfüllt haben, die sie im Wahlkampf 2007 gegeben hatten. Mehr noch: von dem bürgerlich-demokratischen Aufbruch, der sich mit der Wahl 2007 andeutete, ist kaum noch etwas zu spüren. Tusk zieht hinter den Kulissen die Fäden und tritt ab und zu mit Grundsatzserklärungen an die Öffentlichkeit, verliert aber mehr und mehr den Kontakt zu den Bürgern. So drohen der *PO* und der Koalition am ehesten Gefahren von innen, wie die »Glücksspielaffäre« gezeigt hat.

Die Parlamentswahl am 21. Oktober 2007 wirkte wie ein Befreiungsschlag. Die Mehrheit der Wähler brachte zum Ausdruck, dass sie von der schroffen, ideologisch bedingten Polarisierung, die Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und seine Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) sowie die Koalitionspartner *Selbstverteidigung* (*Samoobrona*) und *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) in alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft getragen hatten, genug hatte. Auch wenn bestimmte Wählerschichten große Hoffnungen mit dem Erfolg der *PO* verbanden, änderte dies nichts an der Tatsache, dass auch diese Wahl, wie alle Urnengänge seit den frühen 1990er Jahren, vorrangig ein Urteil über die bisherige Regierung und nur in zweiter Hinsicht eine Entscheidung für eine bestimmte Zukunft war.

In seiner Regierungserklärung kündigte der neue Ministerpräsident Donald Tusk an, dass es nun an der Zeit sei, eine Politik der nationalen Eintracht zu betreiben. Mit den Verstößen gegen die Dreiteilung der Staatsgewalt in Legislative, Exekutive und Judikative und gegen die Rechtsstaatlichkeit, etwa durch staatliche Instanzen wie das Zentrale Antikorruptionsbüro (*Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA*), müsse Schluss sein, so Tusk. Sein Justizminister versprach unter anderem eine Reform des Straf- und Zivilrechts sowie die Aufhebung der Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt. Der Ministerpräsident schreckte nicht einmal davor zurück, ein »Wirtschaftswunder à l'Irlande« zu versprechen und von einem »schlanken Staat« zu schwärmen. Auch eine grundlegende Sanierung des maroden Gesundheitswesens und eine Modernisie-

rung des Rentensystems wurden auf die Regierungsagenda gesetzt. Außenpolitisch versprach Tusk insbesondere eine Öffnung nach Europa, eine Wiederbelebung der polnisch-deutschen Beziehungen, mehr Flexibilität im Umgang mit Russland, eine selbstbewusste Fortsetzung der guten Beziehungen zu den USA und überhaupt mehr Professionalität in der polnischen Außenpolitik und Diplomatie.

Politische Beobachter in Warschau stellten sich zudem die Frage, ob es Tusk und seiner Regierung sowie der *PO* gelingen werde, die Belebung der Zivilgesellschaft, die zu Protesten in der Bevölkerung gegen undemokratische Maßnahmen der von 2005 bis 2007 regierenden Nationalkonservativen auf nationaler und lokaler Ebene geführt hatte, zu erhalten oder gar noch zu verstärken.

Nicht so konfrontativ wie die Vorgänger

Ein Wahlversprechen hat Tusk mit Sicherheit eingehalten. Der moderate Politik- und Regierungsstil seiner Koalition aus *PO* und *PSL* unterscheidet sich diametral von dem Kampfgetöse, das die vorherige Regierung unter Ministerpräsident Jarosław Kaczyński permanent inszeniert hatte. Anders als seinem Vorgänger liegt Tusk wenig daran, Konflikte zu schüren, politische Gegner zu provozieren, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu verteufeln, die Justiz zu politisieren, den Medien Zensuren zu erteilen und den Bürgern ein bestimmtes traditionalistisches Geschichtsbild zu verordnen. Tusk wirkt kompromissbereiter, ausgleichender und ruhiger. Die beiden Koalitionsparteien haben kaum Probleme miteinander, wenngleich dies oft auch daran liegt, dass die Minister der *PSL* wenig Initiative und Leistungsbe-

reitschaft zeigen, was sich besonders am Wirtschaftsministerium zeigt, das vom *PSL*-Vorsitzenden Waldemar Pawlak geleitet wird. Das Kabinett von Tusk habe das politische Klima in Land verändert, meint der erfahrene Regierungsberater und publizistische Beobachter Waldemar Kuczyński. Dieser moderate Stil gibt den Bürgern ein größeres Gefühl der Stabilität und lässt ihnen mehr Raum für eigene Initiativen. Traditionell erwarten viele Polen ohnehin nicht sehr viel von den Regierenden und verlassen sich lieber auf ihre eigene Schaffenskraft. Stolz und Zufriedenheit der Menschen resultieren vor allem aus ihren eigenen Leistungen, unabhängig von denen der Politiker.

Eher gemischt ist die Bilanz der Regierung auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik. So gelang es dem ehemaligen Innenminister Grzegorz Schetyna, der im Oktober aufgrund der »Glücksspielaffäre« abgelöst wurde, die Arbeit seines Ressorts durch eine veränderte Organisationsstruktur effektiver zu machen. Schetyna veranlasste auch die Schaffung eines Krisenzentrums (*Rządowe Centrum Bezpieczeństwa*), das Hilfsmaßnahmen etwa bei Überschwemmungen koordiniert. Zur Erfolgsbilanz der Regierung gehören außerdem die Aufhebung der aus kommunistischen Zeiten stammenden Personalunion von Justizminister und Generalstaatsanwalt sowie die Beendigung des jahrelangen Rechtsstreits mit der internationalen Versicherungsgruppe Euroko. Anders als die Regierung von Jarosław Kaczyński verzichtet das Kabinett Tusk auch darauf, politischen Druck auf die Justizbehörden auszuüben.

Zu den nicht eingelösten Wahlversprechen gehört Tusks damalige Ankündigung, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen. Auch die versprochene Reform des Rentensystems für Angehörige der Polizei, des Militärs und der Sicherheitsdienste lässt auf sich warten, ebenso wie die staatlichen Finanzhilfen bei Gerichtsverfahren für Bürger mit geringem Einkommen. Weiterhin fehlt eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den von der Zentralregierung eingesetzten Woiwoden und den Leitern der Marschallämter auf lokaler Ebene. Schließlich wurde die vor zwei Jahren angekündigte Untersuchung etwaiger Verstöße der Regierung von Jarosław Kaczyński auf die lange Bank geschoben.

Immerhin unternahm Tusk am 21. November 2009 einen längst fälligen Vorstoß, als er einige interessante Vorschläge zur Novellierung der geltenden polnischen Verfassung von 1997 zur öffentlichen Diskussion stellte. So regte der Ministerpräsident an, den Staatspräsidenten künftig nicht mehr von der Bevölkerung, sondern von der Nationalversammlung, bestehend aus Sejm und Senat, wählen zu lassen. Das Vetorecht des Präsidenten

gegenüber vom Parlament verabschiedeten Gesetzen, so Tusk, müsse eingeschränkt werden. Außerdem sprach er sich für eine Reduzierung der Zahl der Abgeordneten in beiden Häusern des Parlaments und für eine Änderung des Wahlrechts aus. Tusk appellierte an Staatspräsident Lech Kaczyński sowie die früheren Amtsinhaber Lech Wałęsa und Aleksander Kwaśniewski, bei der geplanten Verfassungsänderung mitzuarbeiten. Eine solche Novellierung, so der Ministerpräsident, könne dazu beitragen, politische Konflikte abzubauen, wobei er natürlich seine zahlreichen Auseinandersetzungen mit Präsident Kaczyński im Auge hatte. Die unterschiedlichen Reaktionen von Verfassungsrechtlern wie Jerzy Stepien und Piotr Winczorek sowie die Stellungnahmen aus den verschiedenen Parteien zeigten, dass Tusk gut daran tat, die Verfassungsdiskussion einem breiteren Publikum vorzustellen. Das entscheidende Problem besteht natürlich darin, die notwendige Parlamentsmehrheit von 2/3 der Stimmen für eine solche Novellierung zu finden.

Hohe Wellen schlägt seit Oktober die »Glücksspielaffäre«, deren Details aber bis heute nicht hundertprozentig geklärt sind. Immerhin gerieten der Fraktionsvorsitzende der *PO* im Sejm, Zbigniew Chlebowski, sowie drei Minister, Innenminister Grzegorz Schetyna, Justizminister Andrzej Czumak und Sportminister Mirosław Drzewiecki, und vier Staatssekretäre in den dringenden Verdacht, unseriöses oder sogar gesetzeswidriges Lobbying zugunsten der Hersteller und Betreiber von Glücksspielautomaten betrieben oder zumindest davon gewusst und nichts dagegen unternommen zu haben. Auf Initiative von Ministerpräsident Donald Tusk wurden alle acht Personen ihrer Ämter enthoben bzw. auf andere Posten versetzt. Schetyna übernahm das Amt des *PO*-Fraktionsvorsitzenden.

Auf jeden Fall hat die Affäre gezeigt, dass auch die *PO* wie alle anderen Parteien gegen Korruption und unseriöses Lobbying nicht immun ist. Immerhin hat Tusk durchgegriffen und die acht Verdächtigten, die alle zur führenden Riege seiner Partei gehörten oder weiterhin gehören, entlassen bzw. versetzt. Auf seine Veranlassung hin wurde außerdem ein überarbeitetes Glücksspielgesetz vom Sejm verabschiedet. Dass Tusk auch parteiinternen Zwängen unterworfen ist und auf bestimmte Kräfteverhältnisse in seiner *PO* Rücksicht nehmen muss, zeigt allein die Tatsache, dass der verdächtige ehemalige Innenminister Schetyna nun den wichtigsten Parlamentsposten der Partei bekleidet.

Relativ erfolgreich durch die Finanzkrise

Wie zu erwarten war, ist es der seit zwei Jahren regierenden Koalition nicht gelungen, wirtschaftliche »Wunder«

zu vollbringen. Sie hat aber dazu beigetragen, dass Polen die globale Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut meistert. Allerdings dauerte es einige Monate, bis sich Tusk und sein Finanzminister Jan Vincent Rostowski über das reale Ausmaß der Krise und deren mögliche Folgen im Klaren waren, wie ihre überzogenen Wachstumsprognosen noch in den ersten Monaten des Jahres 2009 bewiesen. Immerhin beschloss das Kabinett eine Reihe sinnvoller Maßnahmen zur Krisenbekämpfung. Dazu zählte die Kürzung der Staatsausgaben, eine Garantie für Bankeinlagen, die Finanzierung günstiger Kredite für kleine und mittelständische Unternehmen, steuerliche Vergünstigungen für Investitionen sowie eine weitere Liberalisierung des Arbeitsmarkts. Schatzminister Aleksander Grad erhöhte die Staatseinnahmen, indem er etwa 170 Staatsunternehmen privatisierte. Außerdem wurde die kontinuierliche Überprüfung privater Unternehmen durch staatliche Kontrollorgane vereinfacht. In Absprache mit der Regierung stellte die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) den Geschäftsbanken Staatsanleihen und andere Kapitalmarktinstrumente zur Verfügung, um sich besser refinanzieren zu können. Mit ihrem Perspektivprogramm »Polska 2030« versuchte die Regierung, die Krise als Anlass für eine Strategiedebatte über die langfristigen Perspektiven der polnischen Volkswirtschaft zu nutzen. Positiv zu Buche schlugen auch die vergleichsweise effiziente Nutzung der EU-Gelder, ein gewisser Durchbruch beim Bau und der Renovierung von Land- und Stadtstraßen sowie die beschleunigte Vorbereitung auf die Fußball-Europameisterschaft 2012. Die Übernahme der Gemeinschaftswährung Euro wurde allerdings auf 2014 verschoben.

Die Lage der polnischen Volkswirtschaft ist beeindruckend. So wird Polen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von vermutlich 1,4 Prozent zum Ende des Jahres 2009 der einzige EU-Staat sein, der in diesem Jahr ein wirtschaftliches Wachstum verzeichnet. Alle anderen Mitgliedsländer müssen sich mit einem Rückgang des BIP abfinden, der laut EU-Kommission im Durchschnitt 4,1 Prozent betragen wird. Aber auch Polen spürt die Folgen. Die Arbeitslosigkeit steigt wieder, die Inflation hat angezogen und das Defizit im Staatshaushalt überschreitet erneut das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent des BIP.

Ohnehin kam der Krisenbekämpfung seitens der Regierung nur flankierende Bedeutung zu. Die Tatsache, dass die polnische Volkswirtschaft relativ gut durch die Krise gekommen ist, resultiert in erster Linie aus ihrer Struktur und ihrer Leistungsfähigkeit. So ermöglichte der große polnische Binnenmarkt den einheimischen Unternehmen, Exportverluste durch erhöhten Absatz

im Land selbst auszugleichen. Polen ist auch nicht so extrem exportabhängig wie etwa Ungarn oder die Tschechische Republik. Außerdem garantierte das technologische Niveau der einheimischen Produktion auch in der Krise ein hohes Maß an Konkurrenzfähigkeit mit dem Westen. Die polnische Volkswirtschaft ist aber auch flexibel genug, um weniger hochwertige Produkte in den östlichen Nachbarstaaten abzusetzen. Die polnischen Banken sind relativ stabil und waren kaum in das Geschäft mit Hochrisikopapieren involviert. Die polnische Verschuldung in Fremdwährungskrediten erreichte bei weitem nicht das Ausmaß wie in Ungarn oder den baltischen Staaten. Auch war die Regierung klug genug, die Nutzung von EU-Geldern effektiver zu gestalten.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik gelang es dem Kabinett von Donald Tusk, der grassierenden Frühverrentung einen ersten Riegel vorzuschieben, indem die vorzeitige Pensionierung bei Eisenbahnern, Kraftfahrern, Informatikern und Journalisten eingeschränkt wurde. Andererseits liegt die zu Regierungsbeginn groß angekündigte Reform des maroden Gesundheitswesens weiterhin auf Eis, was vor allem auf das Veto von Staatspräsident Kaczyński gegen die entsprechenden Gesetzesentwürfe der Regierung zurückgeht, aber auch dem Protest von Ärzten und Krankenschwestern zuzuschreiben ist. Ebenso fehlt eine durchgreifende Reform des Renten- und Krankenversicherungssystems der Bauern (Kasa Rolniczego Ubezpieczenia Społecznego – KRUS). In der letzten Novemberwoche stellte Arbeitsministerin Jolanta Fedak eine Neugestaltung des Kindergeldes in Aussicht.

Mehr außenpolitisches Gewicht

Bekanntermaßen beeinflusst auch die Außenpolitik das innenpolitische »standing« einer Regierung, also die Meinungen der Bürger über das Kabinett und dessen Minister sowie das Kräfteverhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien. So registrieren viele Polen mit Genugtuung, dass das politische Gewicht Polens in der EU in den letzten zwei Jahren zugenommen hat. Das resultiert nicht nur aus der Stärke der polnischen Volkswirtschaft, sondern auch aus einer erfolgreichen Personalpolitik wie die Wahl von Jerzy Buzek zum Präsidenten des Europäischen Parlaments. Janusz Lewandowski kommt als einflussreicher EU-Kommissar für Haushalt und Finanzplanung hinzu. Mit Jan Trzuszczński hat erstmals ein Pole das Amt eines EU-Generaldirektors übernommen. Inzwischen läuft der Wettbewerb um die entscheidenden Positionen im künftigen diplomatischen Dienst der EU, in dem sich auch Polen einen wichtigen Platz sichern will. Ministerprä-

sident Donald Tusk ist ein gefragter Gesprächspartner in den europäischen Hauptstädten, und zuletzt hat auch Staatspräsident Lech Kaczyński sein Scherflein beigetragen, indem er nach langem Zögern den EU-Reformvertrag von Lissabon unterschrieb.

Trotzdem spielt Polen nicht »in der ersten Liga« der EU, wie mancher im Regierungslager gehofft hatte. Zuletzt zeigte sich das bei der Wahl des Präsidenten des Rates und der »EU-Außenministerin«. Die Entscheidung wurde im Wesentlichen durch eine Absprache zwischen Berlin und Paris vorgegeben. Herman van Rompuy und Catherine Ashton haben zu wenig politisches Profil, um Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy etwas entgegenzusetzen zu können. Tusk und andere Regierungschefs aus Ostmitteleuropa hatten keine Chance, ihren Kandidaten Jean-Claude Juncker durchzubringen, der ein profilierter Europapolitiker ist und damit ein starker EU-Ratspräsident gewesen wäre. Intern war Tusk nicht gerade erfreut über die Personalentscheidung des EU-Gipfels. Darüber hinaus registriert er, dass die EU-Erweiterungspolitik mehr und mehr in eine Sackgasse gerät, auch wenn der Lissaboner Vertrag nun endlich in Kraft getreten ist; die polnische Fürsprache für die Ukraine wird auf eine harte Probe gestellt.

Es gibt einige Politikfelder, in denen die Regierung Tusk mehr für das Image Polens in der EU tun könnte. Das gilt besonders für das Projekt der »östlichen Partnerschaft«, das ja ursprünglich von Polen und Schweden vorgestellt worden war. Seitdem hat die polnische Diplomatie allerdings wenig getan, um die Partnerschaft *in praxi* voranzutreiben. Die diplomatische Kärnnerarbeit ist aber in Brüssel, nicht in Warschau zu leisten.

Die polnische Öffentlichkeit registriert mit großer Aufmerksamkeit, dass Bewegung in die polnisch-russischen Beziehungen zu kommen scheint. Auch wenn die vorsichtige Kritik des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin am Molotow-Ribbentrop-Pakt, die er am 1. September auf der Danziger Westerplatte und in einem Namensbeitrag für die Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« äußerte, vielen Polen noch nicht weit genug ging, spüren sie doch, dass ein Nachdenken in der russischen Führung eingesetzt hat. Möglicherweise kommt es im nächsten Frühjahr zu einer gemeinsamen Reise von Putin und Tusk nach Katyń, wo 1940 Tausende von polnischen Offizieren, Polizisten und Grenzbeamte vom NKWD ermordet worden waren. Der neue Gasliefervertrag zwischen Gazprom und dem polnischen Konzern PGNiG zeigt, dass auch pragmatische Lösungen im beiderseitigen Interesse möglich sind. Natürlich wird die Zukunft der polnisch-russischen Beziehungen

in erster Linie von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse in Russland selbst und den dortigen politischen Entscheidungen abhängen. Das gilt auch für die Positionierung Russlands zu schwierigen historischen Fragen, die in einer gemeinsamen dazu einberufenen polnisch-russischen Kommission beraten werden.

Geht es um die polnisch-amerikanischen Beziehungen, dann wurde der 17. September zur Stunde der Wahrheit für Donald Tusk und seine Regierung, als der US-amerikanische Präsident Barack Obama die Abkehr Washingtons von den Plänen zum Bau eines Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien bekannt gab. Inzwischen ist nur noch von einer reduzierten Version dieser Pläne in Form des mobilen Raketensystems SM 3 die Rede. Teile der polnischen Bevölkerung reagierten enttäuscht auf die Abkehr Washingtons, weil sie immer noch von Sonderbeziehungen zwischen Polen und den USA geträumt hatten, andere wirkten erleichtert, weil sie das Raketenabwehrsystem als potentiell Ziel terroristischer Angriffe sowieso nie auf dem eigenen Territorium haben wollten. Der Auftritt des amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden in Warschau zeigte, dass Washington gute Beziehungen zu Polen und den anderen ostmitteleuropäischen Staaten pflegen will, im geopolitischen Denken der Führung um Obama andere Weltregionen – und dies zu Recht – aber eine größere Rolle spielen.

Die Regierung Tusk hat in den letzten zwei Jahren viel dafür getan, in den polnisch-deutschen Beziehungen nach den Zerwürfnissen der Jahre 2005 bis 2007 wieder einen gutnachbarschaftlichen Alltag einkehren zu lassen. Wie gut das Verhältnis auf politischer Ebene ist, haben zuletzt die kluge, abgewogene Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs auf der Danziger Westerplatte und der Antrittsbesuch von Außenminister Guido Westerwelle in Warschau gezeigt.

Verstimmt reagierte man in Warschau allerdings, als das Kanzleramt in Berlin anfangs die geplante Feier zum 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer am 9. November ausschließlich auf die Auftritte von Repräsentanten der ehemaligen vier Siegermächte und von Vertretern der früheren DDR-Opposition konzentrieren wollte. Der massive Einsatz polnischer Diplomaten hat dann immerhin dafür gesorgt, dass insbesondere Lech Wałęsa als eine der wichtigen Symbolgestalten des Wandels in ganz Ostmitteleuropa eingeladen wurde, was die polnische Öffentlichkeit mit Genugtuung zur Kenntnis nahm.

Für Unmut sorgt weiterhin das Tauziehen um einen Sitz der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika

Steinbach, im Stiftungsrat der Stiftung »Flucht, Vertreibung, Versöhnung«, wengleich die polnischen Medien dazu übergegangen sind, den Fall Steinbach nicht mehr ganz so hochzuspielen, wie dies jahrelang der Fall war.

Fazit: Ohne Zweifel hat die Außenpolitik, die Ministerpräsident Tusk und sein Außenminister Radosław Sikorski betrieben haben, im Großen und Ganzen positiv zur Bewertung der Regierungstätigkeit durch die Bürger beigetragen.

Schwierige innere und äußere Rahmenbedingungen

Ein faires Urteil über die bisherige Amtszeit der Koalition aus *PO* und *PSL* lässt sich nur unter Berücksichtigung der äußeren und inneren Bedingungen der Regierungstätigkeit fällen. So war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise eine originäre Herausforderung, die vielen Regierungen schwierige Entscheidungen abverlangte. Zu Beginn der Krise lagen kaum Handlungsanweisungen vor, auch wenn einige internationale Fachleute schon frühzeitig auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht und Rettungsmaßnahmen vorgeschlagen hatten.

Nach anfänglichem Zögern und Schwanken hat Tusks Regierung Polen durchaus professionell durch die Krise gesteuert. Sie nutzte die Kompetenzen und die Ressourcen des Staates für politisches und finanzielles Krisenmanagement, versank aber auch nicht im überbordenden Staatsinterventionismus, wie er gerade für einige westliche Regierungen kennzeichnend war.

Ohne Zweifel hat auch die Vetopolitik von Staatspräsident Lech Kaczyński den Reformeifer der Regierung Tusk gebremst. Laut Verfassung sind 3/5 der Stimmen im Sejm erforderlich, um ein präsidentiales Veto zurückzuweisen. So nutzte Kaczyński, der sich als Staatspräsident immer auch als Parteigänger der nationalkonservativen *PiS* versteht, seine Befugnisse insbesondere dann, wenn es darum ging, zentrale Reformprojekte der Regierungskoalition zu blockieren. Das gilt besonders für einzelne Aspekte der Privatisierung, die Reform des Gerichtswesens, verschiedene Aspekte der Rentenreform sowie mehrere Gesetze zur Sanierung und Modernisierung des Gesundheitswesens. Wenn Ministerpräsident Tusk, wie bereits erwähnt, unlängst Pläne für eine weitreichende Novellierung der geltenden Verfassung von 1997 vorlegte, dann ist das auch und gerade eine Antwort auf die Vetopraxis von Staatspräsident Kaczyński.

Ein dritter Aspekt betrifft die personellen Ressourcen, die der Regierung Tusk insbesondere in der *PO* zur Verfügung stehen, sowie die Personalpolitik des Regierungschefs. Ohne Zweifel ist die *PO* diejenige polnische

Partei, die über das größte Potential an demokratisch-parlamentarisch und marktwirtschaftlich modern denkenden Funktionären verfügt, auch wenn selbst sie unter dem Phänomen leidet, dass die wirklich guten Leute nicht in erster Linie in die Politik gehen.

Offensichtlich hat Tusk als Parteivorsitzender und Ministerpräsident aber unterschätzt, wie anfällig auch seine Partei bis in die höchste Ebene für Korruption oder zumindest unseriöses Lobbying ist. Ex-Fraktionschef Chlebowski und der abgesetzte Sportminister Drzewiecki sind da nur die Spitze des Eisbergs. Des Weiteren bewies Tusk selbst bei wichtigen Personalentscheidungen keine glückliche Hand. Das gilt besonders für den zeitweilig als Justizminister agierenden Andrzej Czuma, der schon in sozialistischen Zeiten als »Rechtsaußen« in der antikommunistischen Opposition agierte und später wiederholt als extremer Verfechter von »law and order« hervortrat – ganz zu schweigen von seinem unseriösen Umgang mit den Steuerbehörden in den USA.

Hinzu kommt, dass Tusk zunehmend den Kontakt zum durchschnittlichen Bürger verliert und somit auf ein wichtiges Mittel zur Verifizierung seiner Politik verzichtet. Zwar ist er der unumstrittene Führer der *Bürgerplattform (PO)*, der die Geschicke der Partei bestimmt und dessen Erfolg oder Misserfolg auch über deren Zukunft entscheidet, aber er läuft auch Gefahr, die Sensibilität für die Stimmungen in der Gesellschaft zu verlieren. Tusk tritt mit propagandistisch und populistisch wirkenden Auftritten an die Öffentlichkeit, vermeidet aber das Gespräch »vor Ort«.

PO profitiert auch von der Schwäche ihrer Gegner

Wie bewerten nun die Bürger die Halbzeit der Koalition aus *PO* und *PSL*? Vergleichbar mit der Situation in anderen Ländern, zeichnen sich auch die Meinungsforschungsinstitute in Polen dadurch aus, dass ihre Umfrageergebnisse zum Teil stark differieren – je nach Auswahl der Interviewten, Fragestellung, Auswertungsmethoden oder sogar Nähe zu bestimmten Parteien. Trotzdem geben ihre Resultate gewisse Anhaltspunkte für die Stimmungen in der Gesellschaft und besonders unter den Wahlberechtigten.

Laut Umfragen der Institute GfK Polonia, PBS DGA und CBOS rangiert die *PO* seit Monaten weit vor *PiS*, der *PSL* und der *SLD*. So lag die *PO* am 12. November bei Werten zwischen 38 und 46 Prozent, *PiS* bei 18 bis 29 Prozent, *SLD* bei 8 bis 11 Prozent und *PSL* bei 5 bis 6 Prozent. Einer Umfrage von TNS OBOP vom 19. November zufolge erzielte die *PO* trotz der »Glücks-

spiellaffäre« sogar einen Wert von 53 Prozent, während auf *PiS* 24 Prozent, *SLD* 10 Prozent und *PSL* 4 Prozent entfielen. Während der stellvertretende Vorsitzende der *PO* im Sejm, Rafał Grupański, dieses gute Ergebnis auf das beherzte Eingreifen von Ministerpräsident Donald Tusk in der »Glücksspiellaffäre« und die Verabschiedung eines neuen Glücksspielgesetzes durch den Sejm zurückführte, hieß es bei CBOS, die Umfragewerte für die *PO* könnten in den folgenden Monaten durchaus wieder schlechter werden, da sich politische Ereignisse nur verzögert auf die Meinungen in der Gesellschaft auswirken würden.

Die genannten Umfrageergebnisse bezogen sich auf die Wahlpräferenzen der Bürger. Anders stellt sich die Lage dar, wenn die Menschen direkt nach ihrer Bewertung der Regierungsarbeit gefragt werden. So veröffentlichte CBOS am 17. November eine Meinungsumfrage, wonach sich nur 34 Prozent der Befragten als Anhänger der Regierung Tusk und 27 Prozent als Gegner bezeichneten. 35 Prozent äußerten sich unentschieden. Aus einer am 16. November publizierten Umfrage der Tageszeitung »Rzeczpospolita« ging sogar hervor, dass 66 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die *PO* keineswegs ihre Wahlversprechen erfülle, während 59 Prozent erklärten, dass sich das Land in die falsche Richtung entwickle. Andererseits zeigen regelmäßige Analysen etwa von CBOS, dass Ministerpräsident Tusk nach wie vor zur Spitzengruppe derjenigen polnischen Politiker gehört, denen die Bürger das meiste Vertrauen entgegenbringen.

Die künftige Entwicklung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse und die Ausgangssituation im Vorfeld der Präsidentenwahl 2010 und der Parlamentswahl 2011 hängen nicht zuletzt auch vom Zustand der Parteien ab. So hat die »Glücksspiellaffäre« Unsicherheit in die Reihen der *PO* getragen und die innerparteilichen Widersprüche stärker hervortreten lassen. Die führenden Funktionäre spüren, dass ihre Partei verwundbar ist. Tusk versucht, die parteiinterne Entwicklung strikt unter Kontrolle zu halten, ist dabei aber auch auf Leute wie Grzegorz Schetyna angewiesen, der durch die Affäre an Renommee verloren hat.

Andererseits verfügt die *PO* immer noch mit Abstand über das größte politische und organisatorische Potential unter den polnischen Parteien. Jedoch verliert sie an inhaltlichem Profil, je stärker sie sich als parlamentarische Basis einer Regierung begreift, deren reformerische Kraft nachlässt. Es ist das erklärte Ziel der Regierung und damit auch der *PO*, in der zweiten Hälfte der Regierungszeit keine »heißen Eisen« mehr anzupacken, um die Chancen von Donald Tusk als möglichem Prä-

sidentschaftskandidaten nicht zu gefährden. So wird die *PO* mehr und mehr zum Wahlverein und verliert damit auch ihren ursprünglichen Impetus als zentrale Kraft einer Bürgerbewegung.

Die nationalkonservative *PiS* als wichtigster Gegner der *PO* wiederum verharret in ihren alten Schemata. Sie bleibt die Partei, die alles bedingungslos ablehnt, was von der Regierung und der *PO* eingeleitet wird, ohne inhaltliche Alternativen vorweisen zu können. Die Stellungnahmen des Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński, der innerhalb seiner Partei nicht mehr unumstritten ist, beschränken sich auf die alten obrigkeitstaatlichen und sozialrhetorischen Formeln, die keine Antwort auf Polens künftige Herausforderungen sind. Mit diesem Auftreten kann Kaczyński eine gewisse Stammwählerschaft bei der Stange halten, aber seiner Partei keine Aussicht auf eine Regierungsübernahme eröffnen. *PiS* fehle noch eine Formel für ihre Rolle in der Opposition, meinte Parteisprecher Adam Bielań. Dabei gibt es durchaus kompetente Mitglieder in der Parteiführung wie etwa die Finanzexpertin Aleksandra Natalli-Świat und die ehemalige Ministerin für Regionale Entwicklung Grażyna Geśicka. Andere Fachleute wie der Außenpolitiker Paweł Kowal haben sich vorerst ins Europaparlament zurückgezogen.

Auch von der *SLD* droht der *PO* keinerlei Gefahr. Bis heute hat sich die Partei nicht von ihren dramatischen Niederlagen bei den Parlamentswahlen in den Jahren 2005 und 2007 erholt. Sie war aber auch nicht in der Lage, die Ursachen für diese Niederlagen öffentlich aufzuarbeiten, die vor allem auf die endlose Kette von Affären und Skandalen ab 2001 zurückgingen, als sie mit Leszek Miller den Ministerpräsidenten stellte. Noch immer leidet die *SLD* unter den internen Konflikten zwischen alten Apparatschiks aus der Zeit der Volksrepublik, sozialdemokratischen Modernisierern und gesichtslosen Überlebenskünstlern. Die Partei wird auch deshalb im Kraftfeld zwischen *PO* und *PiS* zerrieben, weil sie kaum eigenes intellektuelles Potential hat. Auch wenn ein erfahrener Linkspolitiker wie der frühere Ministerpräsident und Außen- und Justizminister Włodzimierz Cimoszewicz, heute unabhängiger Senator, perspektivisch das Wählerpotential einer modernen sozialliberalen Partei mit 30 Prozent beziffert, deutet gegenwärtig nichts darauf hin, dass die *SLD* die Partei sein könnte, die dieses Potential für sich nutzt.

So ist es für die linke *SLD* auch keine strategisch aussichtsreiche Handlungsanweisung, wenn sie mitunter lose Bündnisse mit der nationalkonservativen *PiS* eingeht – so etwa beim Kampf um einflussreiche Posten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen oder bei parla-



mentarischen Abstimmungen. Bekannt ist auch, das sich jüngere Aktivisten und Parlamentarier beider Parteien, für die die alten Fronten aus kommunistischen Zeiten keine Rolle mehr spielen, gemeinsame Milieus bilden, um Analysen auszutauschen und Politik zu planen. Sie interessiert es nicht mehr, dass *PiS* auf die alte antikomunistische Opposition zurückgeht, während die *SLD* postkommunistische Wurzeln hat.

In der Tat gibt es inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen *PiS* und *SLD*. So befürworten beide eine weitgehende Intervention des Staates in der Wirtschaft. Jedoch wird es sicher keine Wahl- und Regierungskoalition beider Parteien geben. Der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński zielt eher darauf ab, noch mehr *SLD*-Wähler für seine Partei zu gewinnen, zumal schon bei den Parlamentswahlen von 2005 und 2007 viele Linkswähler zu seiner Partei übergelaufen sind.

Die Wahlen 2010 und 2011

Trotz teilweise erheblicher Kritik am Kabinett von Donald Tusk möchte die Mehrheit der Wähler vorerst nicht, dass die *PO* die Regierungsverantwortung abgibt und einem von *PiS* geführten Kabinett Platz macht. Die drastischen Erfahrungen mit der von *PiS* getragenen Regierung in den Jahren 2005 bis 2007, so heißt es in Warschau, hätten offenbar wie eine »Schutzimpfung« gegen eine erneute Regierungsübernahme dieser Partei gewirkt. Die *PO* profitiert nicht nur von ihrer eigenen Stärke, sondern auch von der Schwäche ihrer Gegner. Auch ist die Partei von Donald Tusk besser als *PiS* in der Lage, gesellschaftliche Konflikte zumindest zu entschärfen, wobei es ihr nicht gelingt, diese auch immer langfristig zu lösen. Bei der Parlamentswahl 2011 könnte es also erneut zu einem Wahlsieg der *PO* kommen, dessen Höhe allerdings nicht abschätzbar ist. Eine anschließende Koalition aus *PO* und *PiS* ist vorerst kaum denkbar, auch wenn sich beide Parteien in ihren konservati-

ven Anschauungen zur Gesellschaftspolitik wenig unterscheiden. Scharfe Widersprüche gibt es dagegen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Vorerst spricht aber nichts dagegen, dass Tusk die Präsidentenwahl im Jahr 2010 gewinnt – so er denn antritt. Bislang hat er sich nicht für eine Kandidatur entschieden, wenngleich die Mehrheit seiner Parteigenossen fest davon überzeugt ist, dass er dies tun wird. Immerhin deuten Gerüchte darauf hin, dass hinter den Kulissen schon nach einem Nachfolger für Tusk im Amt des Ministerpräsidenten gesucht wird. Dabei ist nicht zuletzt sein enger Vertrauter Jan Krzysztof Bielecki im Gespräch, der dieses Amt schon 1991 ausübte und später lange Zeit als führender Bankmanager gearbeitet hat. Auch über Finanzminister Jan Vincent Rostowski als Regierungschef wird gesprochen. Tusks Chefberater Michał Boni, der ebenfalls gefragt wurde, ob er derlei Ambitionen hege, hat vorerst abgelehnt.

Dabei stellt sich die Frage, ob Tusk tatsächlich ein Präsident entsprechend der von ihm jetzt ins Spiel gebrachten Änderung der Verfassung sein will, die eine Beschneidung der Kompetenzen des Staatsoberhauptes vorsieht. Ein gehöriges Maß an Machtbewusstsein kann ihm nicht abgesprochen werden. Er sollte sich bald entscheiden, damit die Wähler Klarheit bekommen.

Auf jeden Fall läuft die *PO*-Strategie schon jetzt darauf hinaus, alles zu tun, um die Popularität von Tusk zu erhalten und damit seine Chancen bei der Präsidentenwahl nicht zu schmälern. Die Umsetzung schwieriger Reformprojekte seiner Regierung in der jetzt angepiffenen zweiten Halbzeit ihrer Legislaturperiode ist also nicht zu erwarten. Sollte der Ministerpräsident die Präsidentenwahl gewinnen, so heißt es in der Parteitippspitze, könne man mit diesem Rückenwind auch die Parlamentswahl für sich entscheiden und danach mit neuem reformerischen Schwung in die Regierungsarbeit gehen.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.